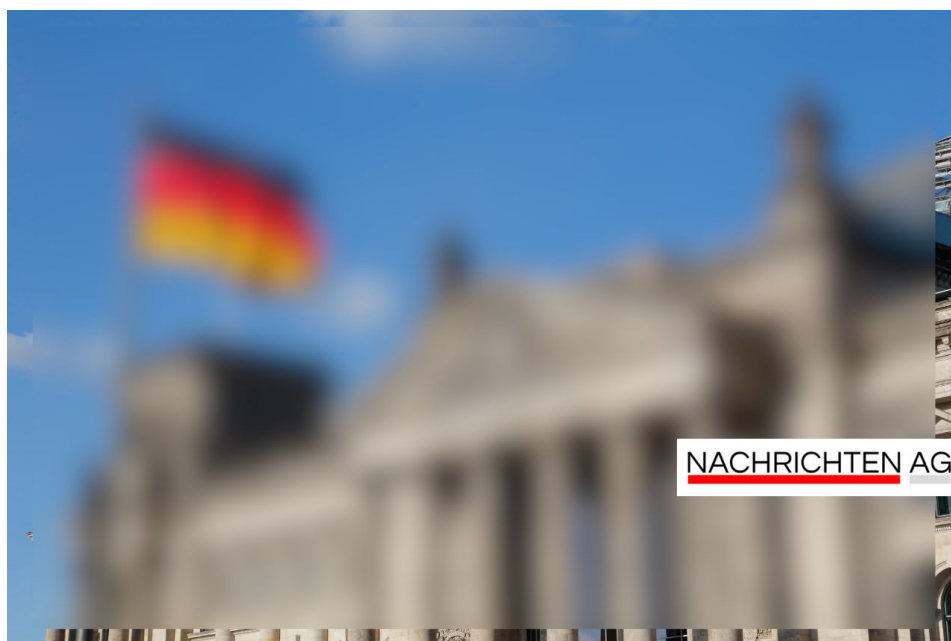


Kritik an Frühstart-Rente: VdK und Gewerkschaften schlagen Alarm!

Der VdK kritisiert die geplante Frühstart-Rente, die ab 2026 eingeführt wird, als teuer und ineffektiv für die Altersvorsorge.



Deutschland - Die Diskussion um die Frühstart-Rente, ein zentrales Element im neuen Rentenpaket der Bundesregierung, sorgt für kontroverse Meinungen. Der Sozialverband VdK hat die Pläne scharf kritisiert und bemängelt, dass der Großteil der Menschen im Alter von der gesetzlichen Rente leben wird, nicht von privaten Aktiendepots. Laut **inFranken** wird befürchtet, dass über eine Milliarde Euro Steuergelder in die Förderung privater Aktiendepots fließen, anstatt die bestehende Rentenstruktur zu stärken. Der VdK fordert daher, das Rentenniveau zu sichern und die Einnahmebasis der gesetzlichen Rentenversicherung zu verbreitern.

Die Frühstart-Rente wurde von der CDU während des

Wahlkampfs ins Gespräch gebracht und später im Koalitionsausschuss von Union und SPD in die Rentenpläne aufgenommen. Diese Regelung sieht vor, dass Kinder im Alter von 6 bis 18 Jahren, die eine Bildungseinrichtung in Deutschland besuchen, monatlich 10 Euro vom Staat erhalten. Die Zahlungen fließen in ein individuelles, kapitalgedecktes Altersvorsorgedepot, welches bis zum Renteneintritt steuerfrei ist. Kritiker hingegen weisen darauf hin, dass die vorgesehenen Geldbeträge zu gering sind, um echte Anreize zur privaten Altersvorsorge zu bieten, wie im **Tagesschau-Artikel** erläutert wird.

Kritik an den Kosten und der Effektivität

Anja Piel vom DGB hebt hervor, dass bei einem monatlichen Beitrag von zehn Euro nach 60 Jahren bestenfalls eine Rente von rund 30 Euro brutto herauskommen könnte. Auch die Gewerkschaft ver.di äußert ihre Skepsis gegenüber den Plänen, die mit jährlichen Kosten von rund einer Milliarde Euro verbunden sind, die hauptsächlich privaten Versicherungskonzernen zugutekommen, ohne die gesetzliche Rentenversicherung signifikant zu stärken.

Die Bundesregierung plant die Einführung der Frühstart-Rente ab dem 1. Januar 2026. Experten sind sich uneinig über die finanzielle Rentabilität dieses Modells, da unklar bleibt, wie das Geld verwaltet wird und welche Anlagestrategie verfolgt wird. Beispielhaft könnte ein Kind bei einer angenommenen Rendite von 6% nach 12 Jahren etwa 2.101,50 Euro und nach 49 Jahren rund 39.461 Euro vor Steuern ansparen.

Demografische Herausforderung für die Rentenfinanzen

Die demografische Entwicklung in Deutschland setzt die Finanzen der Gesetzlichen Rentenversicherung unter Druck. Bis zur Mitte der 2030er Jahre erreichen geburtenstarke Jahrgänge

ihr Rentenalter, während die Lebenserwartung steigt. Ab 2026 sind keine Haltelinien mehr für den Beitragssatz vorgesehen, wie die **Bundesbank** erläutert. Dies könnte bedeuten, dass der Beitragssatz bis 2070 auf bis zu 29% ansteigen könnte, während das Versorgungsniveau langfristig stabilisiert werden soll.

Fachleute simulieren verschiedene Rentenoptionen und zeigen, dass ohne Reformen sowohl das Versorgungsniveau als auch der Beitragssatz stark unter Druck geraten könnten. Über diese Herausforderungen muss die Politik endlich pragmatische Lösungen finden, um die Rentenfinanzierung zukunftssicher zu gestalten.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Deutschland
Quellen	• www.infranken.de • www.tagesschau.de • www.bundesbank.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net